

Rüffel für Katastrophenhilfe

Rechnungshof kritisiert, wie in Kärnten Beihilfen nach Naturkatastrophen abgewickelt werden. Teilweise reichten Schätzungen aus.

Gar nicht zufrieden ist der Bundesrechnungshof mit vielem, wie in Kärnten die Katastrophenhilfe etwa nach einem Murenabgang oder Hochwasser läuft. Der Finanzfluss ist enorm: Im Prüfzeitraum 2008 bis 2012 wurden für „außergewöhnliche Katastrophenschäden“ an 3000 (juristische) Personen Beihilfen von rund zwölf Millionen Euro bezahlt. 60 Prozent davon kamen aus dem Katastrophenfonds des Bundes. Für Schäden nach Naturkatastrophen an Gemeindevermögen flossen vom Bund 9,5 Millionen, das Land zahlte 2,6 Millionen. Für Präventionsmaßnahmen (Schutzwasser, Wildbach-, Lawinenverbau) wurden 140 Millionen investiert, davon zahlte Kärnten 32 Millionen.

Die Prüfer hatten nach der Hochwasserkatastrophe Ende 2012 auch Lavamünd im Auge:

- Von EU, Bund und Land flossen insgesamt 830.000 Euro an Beihilfen. Allerdings: Die bis Anfangs Dezember 2013 verbuchten Ausgaben lagen mit 418.000 Euro um die Hälfte darunter. Sollten nach der Endabrechnung die Zuschüsse über 50 Prozent der Gesamtausgaben liegen oder die Versicherung mehr zahlen, als



Lavamünd: Nach dem Hochwasser wurden 830.000 Euro ausgezahlt

APA

die Gemeinde es getan hat, so wäre eine Rückzahlung der Gemeinde an den Bund fällig, warnt der Rechnungshof.

Generell kritisieren die Prüfer auch andere Bereiche:

- Das Land, das die Bundeszuschüsse abwickelt, prüfe nicht vertieft, ob die Gemeinden die Fördervoraussetzungen einhalten. Statt der tatsächlichen Ausgaben nach Naturkatastrophen wurden von Gemeinden nur Schadensschätzungen gemeldet. Das Land nahm das zu Kenntnis.

- Bei Schäden an Wohngebäu-

den war das Vorliegen baubehördlicher und sonstiger Bewilligungen keine Voraussetzung für Beihilfen. Das heißt, auch für nicht korrekt errichtete Gebäude konnte es Hilfsgelder geben.

- Während Versicherungsleistungen bei der Ermittlung berücksichtigt wurden, wie viel Beihilfe für den Geschädigten nötig ist, so war das bei Spendengeldern nicht der Fall bzw. was das laut Rechnungshof „unklar geregelt“. Zufall, wenn ein Geschädigter erhaltene Spenden angab.

ANDREA BERGMANN

RH-PRÜFUNG

Von Transparenz war noch nicht viel bemerkbar

Medientransparenzgesetz wird noch nicht erfüllt

WIEN, KLAGENFURT. Seit Juli müssen öffentliche Stellen Bundeskanzleramt über Landesregierungen bis zur meindebene Werbebeeinträchtigungen und Förderungen Medienunternehmen der Medienbehörde KommAu melden. Ob das so eingehalten wird, hat der Bundesrechnungshof für Kärnten und Graz überprüft. Ergebnis: Das Medientransparenzgesetz wird nicht eingehalten. Es gebe zahlreiche unvollständige und falsche Meldungen. Laut KommAu warb die öffentliche Hand in Österreich um 201 Millionen Euro. Wobei diese nicht der Realität entsprechen dürfte. In Kärnten seien Rechnungen Werbeaufträge Kooperationen und Förderungen inhaltlich wie zeitlich falsch zugeordnet worden. Werbeanzeigen seien nicht als solche gekennzeichnet worden. Nur von 336 Werbeaufträgen habe die erforderliche Kennzeichnung gehabt. Es gab auch Verstöße gegen das „Kopfschütteln“ von Politikern. Zusätzliches Problem: Unklarheiten bei der Auslegung des Gesetzes.

89-Jährige fährt in Panik Ehemann tot

Pensionistin trat versehentlich aufs Gaspedal und überfuhr ihren Gatten.

KLAGENFURT. Ein ebenso ungewöhnlicher wie furchtbarer Unfall passierte gestern Mittag in der Tiefgarage einer Wohnhausanlage in Waidmannsdorf. Eine 89-jährige Klagenfurterin überrollte ihren 88-jährigen Gatten mit seinem Auto; einem VW-Polo. Die Pensionistin war im Retourgang aus der Garage herausgefahren. Ihr Gatte verschloss das Garagentor, ehe er zu seiner Frau ins Auto steigen wollte.

Doch auf dem Weg zum Wagen stolperte der 88-Jährige. Seine Frau erschrak. Sie wollte bremsen. Doch stattdessen gab sie Gas. Das Auto schoss auf den Pensionisten zu, erfasste den Mann und überrollte ihn. Er blieb tot unter dem Fahrzeug liegen.

Unter Schock stieg die Unfalllenkerin aus dem Auto und lief weg. Sie traf auf ihre Nachbarin, die daraufhin die Rettung und die Feuerwehr alarmierte. Mit Hebe-

kissen gelang es der Feuerwehr, den Pensionisten unter dem Wagen herauszuholen. Der Notarzt konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen. Seine schwer geschockte Gattin musste vom Kriseninterventionsteam des Roten Kreuzes betreut werden.

„Eine Tragödie“, sagt Markus Tilli von der Klagenfurter Polizei. Gegen die Frau wird wegen fahrlässiger Tötung ermittelt.

THOMAS MACHER

Treffen bekommen 20 Flüchtlinge

TREFFEN. Das frühere Pflegeheim der Diakonie de La Tour wird am 15. November zur Unterbringung von 20 syrischen Flüchtlingen. Das Haus ist ideal und barrierefrei, sagt Diakonie-Rektor Hubert Stotter. Dort sollen vorerst 20 Familien einquartiert werden. „Gut, dass es nur eine kleine Gruppe Flüchtlinge ist und die Diakonie unser Partner ist“, sagt der Gemeindevizepräsident Franz Glanzig (SP) die Überweisung der Zustimmung der Gemein-